

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 3. Juli 2012

Seite 29:

Offener Streit um Bahn-Vergleich

KLAGEVERFAHREN Anwalt spricht von „Teillösung“ - Initiativen präzisieren Forderungen

Der Termin beim Richter wird nicht verschoben. Die Grünen sprechen von Notbremse.

VON MICHAEL EXNER

Zinslose Lärmschutz-Kredite, Tempolimit und Nachtruhe auf der Stadtstrecke sowie qualifizierte Prüfung einer Umgehungstrasse: Vier Tage vor dem Termin beim Bundesverwaltungsgericht haben die privaten Kläger im Streit mit der Bahn ihre Vergleichsvorstellungen präzisiert. Derweil spricht der Klägervertreter vom Teilvergleich, die Grünen wollen die Notbremse ziehen.

Was die Initiativen am Montag für die fünf privaten Kläger als Gegenentwurf zum (von den Mitklägern Stadt, Sozialstiftung und GSG akzeptierten) Vergleichstext präsentierten, ist ein eher komplizierter Finanzierungsmodus über zehn Jahre für den Lärmschutz. Entscheidend ist: Die Regelung soll für alle Eigentümer gelten, deren Gebäude innerhalb eines 300-Meter-Streifens beiderseits der Bahnstrecke auf dem Stadtgebiet liegen. Für diese Personen soll der Vergleich unmittelbare Rechte gegen die Bahn begründen, die sie auch selbst vollstrecken können.

Zudem soll sich die Bahn verpflichten, unabhängig vom Schallschutz die Geschwindigkeit der Güterzüge im Stadtgebiet auf 50 km/h zu begrenzen. Von Mitternacht bis 5.30 Uhr sollen keine Güterzüge, ab 22 und von 5.30 bis 7 Uhr nur in Ausnahmefällen fahren.

„Wir verlangen keine Umgehungstrasse, sondern nur deren qualifizierte Prüfung“, sagte Ex-Richter und Grünen-Ratsherr Armin Frühauf zum vierten Punkt. Im Übrigen setze man hier auf eine neue Planungskultur, mit der sich nach Stuttgart 21 alle Parteien beschäftigten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat nach Angaben von Rechtsanwalt Prof. Dr. Bernhard Stürer eine Verlegung des für Donnerstag angesetzten Termins abgelehnt. „Kommt es nicht zu einem Vergleich, weil die Bahn nicht zustimmt, gehen die lärm betroffenen Bahnanlieger völlig leer aus“, sagte der Vertreter der Klagegemeinschaft. Initiativen und die Kläger sollten allerdings selbst entscheiden. Er werde für sie keine verbindlichen Erklärungen abgeben. Auch mit einem Teilvergleich werde das Tauziehen um den in Leipzig anhängigen Bahnstreit faktisch beendet.

Die Grünen wollen angesichts der aktuellen Entwicklung über den Verwaltungsausschuss „die Notbremse ziehen“. Eine Fahrt nach Leipzig sei derzeit Verschwendung von Zeit und Steuergeldern. Der vom Rat genehmigte Text enthalte schwere handwerkliche Fehler.